

Wahlresultate mit Zweifeln behaftet

Gleich bei der ersten Stichprobe zur Validierung der Resultate der Europawahl mußte die dazu eingesetzte Kammerkommission eine Unregelmäßigkeit feststellen. In der Gemeinde Sassenheim war ein gültiger Stimmzettel (zugunsten der KPL) in den Korb mit den ungültigen Zetteln gelangt. Trotz Protesten der KPL, GAP und GLEI wurden die Wahlen nach wenigen weiteren Stichproben als gültig erklärt. Mit dieser Arbeitsscheu vor einem erneuten Nachzählen aller Stimmzettel haben die Abgeordneten sich selbst wohl einen Bärendienst erwiesen, weil die Zweifel an der Rechtmäßigkeit zumindest der Luxemburger Europadeputierten nicht überzeugend abgewiesen werden konnten. Gerade die Ferienzeit hätte doch sicher dazu die Möglichkeit gegeben, auch

wenn die Luxemburger dann nicht an der konstituierenden Sitzung hätten teilnehmen können; wichtige Posten gab es für sie ohnedies nicht zu holen.

Die Zweifel betreffen aber auch die Legislativwahlen, denn die Stichproben waren dafür nicht zahlreicher. Und auch hier gab es bis zuletzt Stimmenverschiebungen, die stutzig machen müssen. So wurde z. B. das persönliche Resultat des zum Minister gekürten Alex Bodry im Bezirk Süden von der Abgeordnetenversammlung um nicht weniger als 1000 Stimmen verbessert, womit er vom dritten auf den zweiten Platz innerhalb seiner Partei vorrückte.

Die Zweifel bei der Europawahl sind um so berechtigter, als schon das Hauptwahlbüro gravierende Fehler bei der Stimmenausrwertung einer ganzen Reihe von Büros, vornehmlich bei der Europawahl, festgestellt hatte. So war z. B. in manchen Fällen vergessen worden, die Listenstimmen mit 6 zu multiplizieren (vgl. LW, 27.6.1989). Schuld daran ist ohne Zweifel die Tatsache, daß die Wahlbüros nach 14 Stunden Arbeit für die Nationalwahlen um 22 Uhr schließlich mit der Auswertung der Europawahl beginnen mußten. Der Vorsitzende des Hauptwahlbüros, Richter Albert Weitzel, ist denn auch nicht der einzige, der eine Trennung der Legislativ- und der Europawahlen verlangt. Eine solche Trennung käme sonder Zweifel auch der politischen Auseinandersetzung zugute, da beim jetzigen System der Doppelwahl die europäischen Wahlthemen regelmäßig unter den Tisch fallen, bzw. aus einer rein nationalen Perspektive diskutiert werden.

Eine Ursache für das Desinteresse der Wähler an den Europawahlen ist allerdings auch bei den Parteien selbst zu suchen. Sie nominieren nämlich regelmäßig solche Kandidaten für diese Wahl, die auch bei den

Landeswahlen Spitzenreiter sind und sich im Falle einer Regierungsbeteiligung echte Ministerchancen ausrechnen dürfen. Dies kommt einem regelrechten Wählerbetrug gleich, da durch diese Praxis nicht mehr der Wähler bestimmt, wer ihn in Straßburg vertreten wird, sondern die Parteigremien: So ziehen nicht die Erstgewählten, sondern für die CSV die 4., der 6. und die 7.-Gewählte und für die LSAP der 4. und der 5.-Gewählte ins Europäische Parlament ein.

Beachtung verdient auch ein Vorschlag der Konferenz der europäischen Parlamentspräsidenten: Sie schlagen die Schaffung einer zweiten Kammer des europäischen Parlaments vor, in dem die Mitgliedsstaaten als solche vertreten wären, nach dem Vorbild etwa des deutschen Bundesrats. Dies würde den Parteien im EP dazu verhelfen, bei den Debatten, aber auch im Wahlkampf die europäische Perspektive stärker ins Blickfeld zu nehmen, statt daß auch die EP-Abgeordneten eigentlich nur nationale Interessen vertreten.

m.p.